

BÜCHER

Raus aus dem Euro?

Rezension von: Heiner Flassbeck, Costas Lapavitsas, *Against the Troika. Crisis and Austerity in the Eurozone*, Verso, London 2015, Taschenbuch, 144 Seiten, € 13,85; ISBN 978-1-784-78313-6.

Die vorherrschende Funktionsweise der Eurozone ist auf eine Fortsetzung der Krise programmiert. Die hauptsächlich in der verfehlten Wirtschaftspolitik Deutschlands wurzelnde, verheerende wirtschaftliche Entwicklung in der europäischen Währungsunion hat den Prozess des politischen und sozialen Verfalls bereits weit vorangetrieben; so weit, dass die europäische Linke nicht nur ernsthaft und systematisch über Optionen der Desintegration der Eurozone nachdenken, sondern den Austritt einzelner Länder auch strategisch vorbereiten müsse. So lassen sich die zentralen Argumente des vorliegenden Bandes von Heiner Flassbeck und Costas Lapavitsas zusammenfassen.

Die Autoren¹ legen im Anschluss an ihre Ursachenanalyse der Probleme in der Eurozone in Grundzügen eine Handlungsanleitung für eine linke Regierung vor, um einen konfrontativen Austritt aus der Eurozone durchzusetzen. Die Option der Desintegration sei zielführend, um wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum für eine Politik im Interesse der arbeitenden und sozial unterprivilegierten Bevölkerung zurückzugewinnen. Die Autoren liefern Argumente für eine Rückkehr zu nationalen Währungen; sie plädieren für einen Rückbau der europäischen Währungsunion, deren politische Umsetzung zu ambitioniert gewesen sei.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Buch ist lohnend; insbesondere vor dem Hintergrund der laufenden Auseinandersetzung über die Zukunft des Euroraums, in der viele Linke in Europa angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Krise weiterhin um Positionen zur gemeinsamen Währung ringen. Die Frage, wie man zu einem Euro-Austrittsszenario einzelner oder mehrerer Mitgliedsländer stehen sollte, ist jedenfalls trotz des gerade noch vermiedenen „Grexit“ weiterhin aktuell.

Deutschlands Lohnpolitik als Ursache der anhaltenden Probleme in der Europäischen Währungsunion?

Die landläufige Erklärung der wirtschaftspolitischen VerantwortungsträgerInnen und weiter Teile der europäischen Medien für die anhaltende Eurokrise lautet in etwa so: Einige Regierungen – allen voran Griechenland, gefolgt von anderen Ländern der Eurozonenperipherie – hätten es nicht geschafft, ihre öffentlichen Haushalte mit jener Strenge unter Kontrolle zu bringen, die eine gemeinsame Währung erfordere; und nun versuchten sie stattdessen, die WählerInnen in ihren

Ländern hinters Licht zu führen, um „notwendige Spar- und Strukturreformmaßnahmen“ nicht durchführen zu müssen.

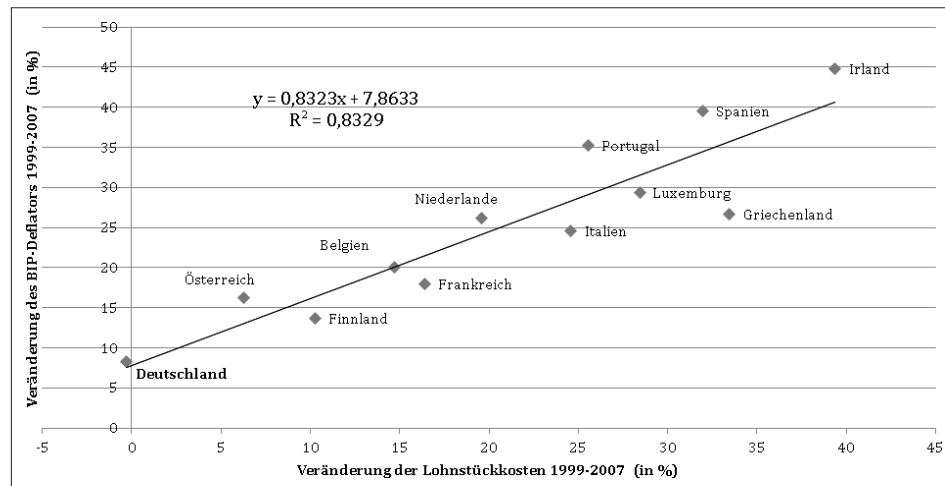
Diese Darstellung ist jedoch völlig falsch, argumentieren Flassbeck und Lapavitsas. Das regelwidrige Verhalten, in dem die anhaltende Eurokrise wurzelt, sei nicht von den Ländern der Eurozonenperipherie, sondern von Deutschland begangen worden. Versäumnisse in einzelnen Eurozonenländern – wie etwa in Griechenland in den Vorkrisenjahren – seien nicht ursächlich für die Entstehung der fragilen Lage in der Eurozone gewesen. Deutschland sei vielmehr jene Volkswirtschaft, die in den Vorkrisenjahren die wichtigste Grundregel der gemeinsamen Währung missachtete – und sich noch dazu seit 2010 weigere, aus den begangenen Fehlern zu lernen, was die Krise in der Eurozone verschärfe, weil es die Perpetuierung einer verfehlten Wirtschaftspolitik bedeutet.

Was also hat Deutschland falsch gemacht? Und wodurch konterkariert es aus der Sicht von Flassbeck und Lapavitsas weiterhin alle Versuche, die Währungsunion funktionsfähig zu machen? Abbildung 1 schafft anhand von aktuellen Daten der Europäischen Kommission die empirische Grundlage für ein einfacheres Verständnis der Argumentationslinie der Autoren. Sie zeigt den Zusammenhang zwischen den Veränderungen in den Lohnstückkosten und der Inflation – gemessen anhand von Veränderungen des Deflators für das Bruttoinlandsprodukt – in zwölf Eurozonenländern von 1999 bis 2007; vom Jahr der Einführung des Euro bis zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die Lohnstückkosten steigen, wenn die Nominallöhne auf gesamtwirtschaftlicher Ebene stärker wachsen als die Arbeitsproduktivität; umgekehrt fallen die Lohnstückkosten, wenn die Nominallohnentwicklung hinter jener der Produktivität zurückbleibt. Die Veränderungen der Lohnstückkosten werden in diesem Zusammenhang als Indikator für die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft verwendet: Wenn in einem Land die Lohnstückkosten deutlich stärker (schwächer) wachsen als in anderen Ländern, verliert (gewinnt) es an Wettbewerbsfähigkeit.

Die positiv geneigte Regressionsgerade in Abbildung 1 zeigt einen sehr engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung von Lohnstückkosten und Inflation: Je mehr (weniger) die Lohnstückkosten im betrachteten Zeitraum stiegen, desto höher (niedriger) fiel die Inflation im jeweiligen Eurozonenland aus. Flassbeck und Lapavitsas betonen angesichts dieser empirischen Evidenz, dass die Lohnstückkosten der bedeutsamste Bestimmungsfaktor für die Entwicklung der Inflation sind. Dies lasse sich dadurch erklären, dass die Löhne die wichtigste Kostenkomponente bezüglich der gesamten Produktionskosten in einer entwickelten Volkswirtschaft darstellen. Ihre Schlussfolgerung aus dem Erkennen dieses Zusammenhangs ist, dass das Inflationsziel der EZB – nahe, aber unter 2% – nur dann erreicht werden kann, wenn die Nominallöhne im Gleichschritt mit der Arbeitsproduktivität plus dem Inflationsziel wachsen.

Insoweit man überhaupt davon sprechen kann, dass in Europa Wettbewerbsfähigkeitsprobleme bestehen, sind diese zu einem überwältigenden Anteil durch die Lohnzurückhaltungspolitik Deutschland verursacht, dessen Regierungen seit dem Ende der 1990er-Jahre durch ihre Arbeitsmarktpolitiken systematisch Lohnabwärtsdruck ausüben, um sich durch steigende preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Abbildung 1: Lohnstückkosten und Inflation in der Eurozone (12) 1999-2007

Daten: AMECO (Stand: 5.5.2015); eigene Berechnungen.

höhere Exportmarktanteile zu verschaffen und über eine Zunahme der Ausfuhren die Arbeitslosigkeit zu reduzieren (*beggar-thy-neighbour*-Politik). Aus Abbildung 1 lässt sich das Ergebnis des bewusst forcierten Lohnabwärtsdrucks auf Lohnstückkosten und Inflation herauslesen: Die deutschen Lohnstückkosten lagen 2007 sogar unter dem Ausgangsniveau des Jahres 1998; und dies führte aufgrund der zentralen Bedeutung der Lohnstückkosten als Bestimmungsfaktor der Inflation auch zu sehr niedrigen Inflationsraten. Deutschland verletzte dadurch, wie Flassbeck und Lapavitsas argumentieren, die notwendige Bedingung für das Funktionieren des festen Wechselkurssystems im Euroraum, in dem Währungsabwertungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nicht zur Verfügung stehen: das Verfolgen einer nationalen Lohnpolitik, die mit dem gemeinsamen Inflationsziel aller Mitgliedsländer des Währungsraumes konsistent ist.

Lohnstückkosten, Binnennachfrage und makroökonomische Ungleichgewichte

Gleichzeitig weisen Flassbeck und Lapavitsas zu Recht darauf hin, dass die Lohnzurückhaltungspolitik die deutsche Binnennachfrage schwächte, weil sie Abwärtsdruck auf die Einkommen der ArbeitnehmerInnen ausübte. Aufgrund der schwachen Entwicklung von Löhnen und Inlandsnachfrage in Deutschland war auch die Importnachfrage verhalten; die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse sind aus dieser Sicht auch auf ein „Importdefizit“ zurückzuführen. Die enormen Exportüberschüsse wurden nicht für mehr Investitionen, mehr Beschäftigung, höhere Reallöhne und mehr Konsum genützt. Durch die starke Entwicklung der deutschen Exporte konnte die problematische Entwicklung der Binnennachfrage jedoch überkompensiert werden; erhebliche Anteile der deutschen Arbeitslosigkeit wurden dadurch ins Ausland „exportiert“.

Und indem sich Deutschland seit 2010 weigert, seine Leistungsbilanzüberschüsse durch eine Politik zu reduzieren, die kräftige Lohnerhöhungen fördert, verdammt es weite Teile der Eurozone zu einer deflationären Entwicklung; denn nur durch sehr niedrige, wenn nicht sogar negative Inflationsraten können Länder wie Spanien oder Portugal ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland verbessern, dessen Lohnpolitik weiterhin für Inflationsraten sorgt, die das Preisstabilitätsziel der EZB unterbieten.

Der anhaltende Deflationsdruck, der durch die seitens der deutschen Regierung in mehreren europäischen Ländern forcierte Austeritätspolitik verursacht ist, lässt immer weitere Teile des Euroraumes in eine dauerhafte Unterauslastungskrise abrutschen, weil KonsumentInnen in Erwartung fallender Preise Konsumausgaben aufschieben und Unternehmen mit Investitionen zurückhalten. Zudem erhöht der Deflationsdruck den realen Schuldenwert und erschwert so eine rasche Entschuldung jener AkteurInnen, die mit ihren Ausgaben zurückhalten, weil sie weiterhin mit dem Schuldenabbau beschäftigt sind.

In der Analyse von Flassbeck und Lapavitsas stellt die Entwicklung der Lohnstückkosten den wichtigsten Indikator dar. Angesichts ihrer zentralen Bedeutung hätte das Buch davon profitiert, wenn die Kritik an der Konzeption von Lohnstückkosten berücksichtigt worden wäre. Felipe und Kumar (2011) argumentieren, dass Lohnstückkosten zwar geeignet sind, um unterschiedliche Unternehmen hinsichtlich ihrer Wettbewerbsfähigkeit miteinander zu vergleichen; Aussagen bezüglich der Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zwischen Ländern bzw. Volkswirtschaften seien anhand von Veränderungen der Lohnstückkosten jedoch in der Regel problematisch und irreführend.

Einer der zentralen von Felipe und Kumar angeführten Kritikpunkte lautet, dass die aggregierten Lohnstückkosten nicht einfach der gewichtete Durchschnitt der Lohnstückkosten eines Unternehmens sind; sie können vielmehr so interpretiert werden, dass sie das Produkt des Anteils des Produktionsfaktors Arbeit am gesamtwirtschaftlichen Einkommen und dem Preisdeflator darstellen.

Diese Kritik hat weitreichende Konsequenzen, weil sie unter anderem impliziert, dass ein Anstieg der Lohnstückkosten in einem Eurozonenland nicht ohne Weiteres so ausgelegt werden kann, dass ein Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zugrunde liegt, der wiederum auf einen über dem Produktivitätswachstum liegenden Anstieg der Lohnkosten der Unternehmen zurückzuführen ist. Im Kern zieht die Kritik von Felipe und Kumar die Verwendung von Lohnstückkosten als Indikator für die Einschätzung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften in Zweifel.

Zudem sollte der Beitrag der Löhne zur steigenden Inflation in einigen Peripherieländern der Eurozone während der Vorkrisenjahre auch nicht überschätzt werden. So zeigen etwa Feigl und Zuckerstätter (2012) anhand einer Analyse der einzelnen Komponenten des BIP-Deflators für Spanien, dass die Entwicklung der Löhne weniger zur Inflation beigetragen hatte als die Unternehmensgewinne.² Ihre Analyse impliziert, dass die konventionelle Krisenerzählung die Relevanz der Lohnstückkostenentwicklung für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit regelmäßig überschätzt.

Darüber hinaus gilt ohnehin als umstritten, ob es uneingeschränkt sinnvoll ist,

das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen auf „konkurrierende Volkswirtschaften“ umzulegen: Krugman (1994) argumentierte bspw. bereits lange vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, dass in erster Linie Unternehmen – und eben nicht Staaten – miteinander im Wettbewerb stehen. Wer dies vernachlässige, riskiere durch eine einseitige Wettbewerbsorientierung falsche wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen.

Dass Flassbeck und Lapavitsas in „Against the Troika“ nicht auf die angeführten Kritikpunkte bezüglich der Konzeption der Lohnstückkosten und ihrer Verwendung als Wettbewerbsfähigkeitsindikator für Volkswirtschaften eingehen, ist aus einer wissenschaftlichen Perspektive als Defizit ihrer Analyse auszulegen.

Die institutionelle Architektur des Euro und seine Krisenanfälligkeit

Ein weiterer Schwachpunkt des Buches besteht darin, dass einige zentrale Argumente bezüglich der Bedeutung von Mängeln in der institutionellen Architektur des Euro für die Einschränkungen des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraumes der Eurozoneländer nicht ausreichend behandelt werden. Weil die Wechselkurse in der Eurozone fixiert, die Geldpolitik zentralisiert und der Handlungsspielraum von Fiskalpolitik auf nationalstaatlicher Ebene durch ein rigides Fiskalregelwerk eingegrenzt ist, stehen den Eurozoneländern nicht jene wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung, auf die ein Land mit eigener Währung zurückgreifen kann. So weit führt die Diskussion der Einschränkung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums der Eurozoneländer von Flassbeck und Lapavitsas.

Was sie jedoch nicht berücksichtigen, ist das Argument von Paul De Grauwe (2012), dass das Kernproblem bezüglich der Krisenanfälligkeit der Eurozone darin besteht, dass die einzelnen Euromitgliedsländer de facto keine Kontrolle über die Währung haben, in der sie sich verschulden, weil die EZB für die Geldpolitik zuständig ist. Das hat zur Folge, dass FinanzmarktakteurInnen die als „schwächste Glieder“ ausselektierten Euroländer durch Panikverkäufe an den Staatsanleihemärkten in die Zahlungsunfähigkeit treiben können. Denn die nationalen Zentralbanken können nicht glaubwürdig versichern, dass sie im Notfall stets genug Geld drucken werden, damit der Staat all seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkommen kann.

Die Krisenanfälligkeit des Euro ist demnach durch ein sich selbst verstärkendes Element gekennzeichnet, das durch die Lohnzurückhaltungspolitik Deutschlands nicht erklärt werden kann: Je mehr die FinanzmarktakteurInnen bezüglich möglicher Zahlungsausfälle einzelner Länder in Panik geraten, desto höher sind die Zinsaufschläge der betroffenen Länder auf ihre Staatsanleihen und desto größer sind die Finanzierungsschwierigkeiten aufgrund der gestiegenen Zinskosten, was wiederum die Wahrscheinlichkeit tatsächlicher Zahlungsausfälle erhöht. Dementsprechend sind Eurostaaten, die an den Finanzmärkten durch Panikverkäufe unter Druck geraten, vom „guten Willen“ der anderen Eurozoneländer – allen voran: das mächtigste Gläubigerland Deutschland – abhängig, Finanzierungshilfen bereitzustellen. So wie die offiziellen Troika-Anpassungsprogramme, welche die Bedingungen in Sachen Austeritätspolitik für das Gewähren von „Hilfskrediten“

festlegen, seit 2010 ausgestaltet sind, verlieren die betroffenen Länder nicht nur ihren wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum, sondern de facto auch ihre demokratische Souveränität.

Die spezielle Anfälligkeit des Euroraumes für Krisen schlug in den Jahren 2011 und 2012 voll durch – als nicht nur Griechenland, sondern auch Länder wie Spanien, Italien und Portugal an den Staatsanleihemärkten durch Panikverkäufe massiv unter Druck gerieten und der Fortbestand der gemeinsamen Währung in Frage stand. Erst die Ankündigung der EZB, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Euro zu retten, beruhigte die Lage an den Finanzmärkten.³

DeGrauwe (2012) verweist darauf, dass diese Fragilität des Euroraumes institutionell bedingt ist: Der Euro ist eine Währungsunion ohne politische Union; insbesondere gibt es keine gemeinsame Fiskalpolitik, die eine europaweite makroökonomische Stabilisierung ermöglichen würde. Um das Problem zu beheben, müsse nicht nur die EZB ihre Rolle als „*Lender of Last Resort*“ wahrnehmen, sondern es sei auch erforderlich, dass die Euroländer gemeinsam Anleihen begeben. Denn nur die gemeinschaftliche Aufnahme von Schulden könne die FinanzmarktakteurInnen davon überzeugen, dass die Zahlungsverpflichtungen aller Euroländer stets bedient werden können: „*[By p]ooling the issue of government bonds, the member countries protect themselves against the destabilising liquidity crises that arise from their inability to control the currency in which their debt is issued.*“⁴

Diese kurze Diskussion der Sicht DeGrauwes auf die institutionellen Mängel in der Eurozone zeigt, dass es nicht ausreicht, sich – wie Flassbeck und Lapavitsas es an vielen Stellen ihren Buches tun – auf die verfehlte Lohn- und Fiskalpolitik Deutschlands als Quelle allen Übels in der Eurozone zu beziehen, weil dies in wichtigen Punkten den Blick darauf verstellt, was institutionell geändert werden müsste, um den Euro krisenfest zu machen.

Zurück zu nationalen Währungen?

Innerhalb der Linken läuft seit Längerem eine intensive Debatte über die richtige Positionierung bezüglich der Zukunft der gemeinsamen Währung. Bereits im Laufe des Jahres 2013 lieferten sich Jürgen Habermas und Wolfgang Streeck einen argumentativen Schlagabtausch zum Thema der europäischen Integration. Die Kontroverse war nicht nur von akademischem Interesse, sondern wurde auch in der Öffentlichkeit breit rezipiert. Sie war durch die Veröffentlichung von Streecks Buch „Gekaufte Zeit“ ausgelöst worden, welches die Verfasstheit der europäischen Institutionen kritisiert.⁵

Streeck brandmarkt den europäischen Integrationsprozess, der in der Einführung der europäischen Währungsunion als gedachte Vollendung des europäischen Binnenmarktes gipfelt, als „Liberalisierungsmaschine“, die nicht nur eine Politik im wirtschaftlichen und sozialen Interesse breiter Bevölkerungsschichten unmöglich mache, sondern auch zu einem immer weiter wachsenden Demokratiedefizit führe. Die niedrige Demokratiequalität der europäischen Institutionen sei laut Streeck durch Reformen nicht behebbar; denn unterschiedliche Gesellschaften könnten nicht in das Korsett einer einheitlichen Währung gezwängt werden, weshalb er für eine Rückkehr zu nationalen Währungen plädiert.

Habermas teilt Streecks Analyse im Kern: Die gemeinsame Währung habe dem europäischen Kontinent nicht die versprochene ökonomische und soziale Stabilität, sondern das Entstehen einer Art „Fassadendemokratie“ gebracht.⁶

Die Schlussfolgerungen Habermas' sind jedoch gegensätzlich zu jenen Streecks: Das Demokratiedefizit innerhalb der Eurozone und die Dominanz einer Wirtschaftspolitik, welche die Interessen der Lohnabhängigen und sozial unterprivilegierten Bevölkerung marginalisiert, könnten prinzipiell durch politisch-institutionelle Reformen behoben werden. Habermas fordert eine Vertiefung der politischen Integration, unter besonderer Berücksichtigung einer Stärkung des Europäischen Parlaments. Der europäische Integrationsprozess müsste auf die Schaffung von demokratisch legitimierten Institutionen abzielen; der Europäische Rat und das Europäische Parlament müssten gemeinsam über Richtlinien der Fiskal-, Wirtschafts-, aber auch der Sozialpolitik entscheiden können. Diese Art der politischen Integration würde etwa bessere Aussichten auf einen sinnvollen Finanzausgleich auf europäischer Ebene, eine gemeinsame Fiskalpolitik zur makroökonomischen Stabilisierung und europaweite Mindeststeuersätze für Unternehmen schaffen.

Diese kurze Darstellung der Habermas-Streeck-Kontroverse ist relevant, weil das Buch „Against the Troika“ an die weiterhin laufende Debatte innerhalb der deutschen und europäischen Linken über die Zukunft des Euro anschließt. Dabei stellen sich Flassbeck und Lapavitsas in ihren Schlussfolgerungen auf die Seite Streecks: Die Reformierbarkeit der Eurozone sei nicht gegeben. Während Streeck die aktuelle Krise in der europäischen Währungsunion als vorläufigen Höhepunkt des seit den 1980er-Jahren laufenden neoliberalen Projekts interpretiert, setzen Flassbeck und Lapavitsas in ihrer Begründung einen anderen Fokus, indem sie die falsche Wirtschaftspolitik Deutschlands als Hauptursache der Krise herausstreichen:

Die Nicht-Reformierbarkeit manifestiere sich darin, dass Deutschland keine Bereitschaft zeige, von seiner „*Beggar-thy-neighbour*“-Politik abzugehen, sondern vielmehr weiter daran arbeite, seine durch eine einseitige Wettbewerbsorientierung charakterisierten wirtschaftspolitischen Vorstellungen tiefer in den institutionellen Strukturen des gemeinsamen Währungsraumes zu verankern, was das Demokratiedefizit noch vergrößert – bspw. durch die Verschärfung der Fiskalregeln für Eurozonenländer⁷ oder durch den von Angela Merkel verlangten Pakt für Wettbewerbsfähigkeit.⁸

Eine andere Lohn- und Fiskalpolitik als die von Deutschland präferierte ist jedoch erforderlich, um die Eurozone funktionsfähig zu machen. Und weil ein solcher Wandel nicht absehbar sei, müsse die Desintegration aus dem Euro strategisch durchgedacht und politisch vorbereitet werden – was die europäische Linke laut Flassbeck und Lapavitsas zu ihrem eigenen Schaden bislang sträflich vernachlässigt habe.

Konfrontativer Euro-Austritt?

Flassbeck und Lapavitsas argumentieren, es sei für eine linke Regierung in einem Eurozonenmitgliedstaat nicht machbar, alle der folgenden drei Dinge zu er-

reichen: erstens eine Schuldenrestrukturierung, welche die Schuldenlast so weit verringert, dass fiskalpolitischer Handlungsspielraum für eine an der sozialen Frage orientierte Wirtschaftspolitik geschaffen wird; zweitens eine Beendigung der Austeritätspolitik, die aufgrund ihrer negativen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage eine anhaltende wirtschaftliche Erholung verhindert; drittens ein durchgängiges Agieren der verantwortlichen Regierung im Einklang mit den institutionellen Strukturen und politischen Machtverhältnissen in der Eurozone.

Warum diese drei Dinge unmöglich zusammen zu haben sind, diskutieren die Autoren am Beispiel Griechenlands: Die von der Troika – also von Europäischer Kommission, IWF und EZB – aufoktroierte Austeritätspolitik basiert auf einem rechtlichen und institutionellen Rahmenwerk, das die Interessen der GläubigerInnen priorisiert und zu jedem sozialen Preis auf der Rückzahlung staatlicher Schulden beharrt; egal, wie untragbar diese sein mögen. Wenn ein wirkungsvoller Politikwechsel das Ziel ist, bleibe einer linken Regierung deshalb gar nichts anderes übrig, als die offene Konfrontation mit den europäischen Institutionen zu suchen, das heißt ein Verhalten an den Tag zu legen, das die Aussicht auf ein Ausscheiden des betroffenen Landes aus dem Währungsverbund plausibel und glaubwürdig macht.

Länder, die unter dem Diktat der Troika stehen, sollten deshalb laut Flassbeck und Lapavitsas unilaterale Handlungen wie die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit und die Einführung einer Parallelwährung setzen, um sich dem Druck der unbeugsam auf kontraproduktiven Austeritätsmaßnahmen beharrenden Gläubigerinstitutionen zu entziehen. Die Euro-Mitgliedschaft müsse als Druckmittel in den Verhandlungen mit der Troika eingesetzt werden, weil dies die Angst anderer Eurozonenländer vor negativen Folgewirkungen des Austritts schüren und somit die Verhandlungsposition der linken Regierung stärken würde.

Aus der Sicht von Flassbeck und Lapavitsas ist die von Alexis Tsipras geführte Regierung in Griechenland im Umgang mit den Gläubiger-VertreterInnen der Troika taktisch falsch vorgegangen: Indem sie von Anfang an kommunizierte, dass ein „Grexit“ keine Option sei, und auch nach dem Nein-Referendum der griechischen Bevölkerung zu den Sparauflagen der Troika Ende Juni 2015 auf diesem Standpunkt beharrte, beraubte sie sich ihres wichtigsten Druckmittels. Nicht umsonst trat Costas Lapavitsas, der im Jänner 2015 ein Mandat im griechischen Parlament für Syriza errungen hatte, als scharfer Kritiker der Verhandlungslinie Tsipras' auf.⁹ In der Folge schloss er sich der neu formierten Partei „Volksfront“ an, die sich dezidiert für einen Austritt Griechenlands aus dem Euro stark macht. Die Volksfront hatte sich aus der linken KritikerInnenplattform innerhalb von Syriza formiert, verpasste bei den Wahlen am 20.9.2015 jedoch den Einzug ins griechische Parlament, während die Syriza-Partei von Tsipras neuerlich als stimmenstärkste Partei aus der Wahl hervorging.

Diese Anekdote zum Hintergrund in der Vita von Costas Lapavitsas macht auf ein zentrales Problem der Argumentation in „Against the Troika“ aufmerksam. Denn Flassbeck und Lapavitsas streichen selbst heraus: *„Confrontational exit would be a difficult process but dealing with it would be perfectly feasible as long as there was sufficient awareness of the likely problems, a degree of preparation*

and clear popular support“ (S. 81) Die griechische Bevölkerung unterstützt jedoch trotz der seit Jahren andauernden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise eine Strategie des konfrontativen Austritts dezidiert nicht; das hat das klare Wähler-Votum für Syriza bei den Neuwahlen im September 2015 deutlich gemacht. Und auch in anderen sogenannten Krisenländern der Eurozone gibt es (noch?) keine grassierende Anti-Euro-Stimmung, vor deren Hintergrund die von Flassbeck und Lapavitsas propagierte „Raus-aus-dem-Euro“-Strategie auf fruchtbaren Boden fallen würde.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob sich „Against the Troika“ durch eine hinreichende Berücksichtigung der wahrscheinlichen Probleme einer Strategie der Euro-Desintegration auszeichnet. Tatsächlich erscheint die Darstellung der Vorzüge eines Euro-Austritts von Flassbeck und Lapavitsas sehr optimistisch, wenn man sich etwa damit beschäftigt, was der renommierte Wirtschaftshistoriker und Währungsexperte Barry Eichengreen zu dem Thema zu sagen hat.

Eichengreen (2010) argumentiert, dass die technischen Schwierigkeiten bei der Wiedereinführung einer nationalen Währung (bspw. der Drachme) enorm sind. Es sei auch nicht offensichtlich, dass die ökonomischen Probleme eines Mitgliedstaates durch ein Verlassen des gemeinsamen Währungsraumes gelöst werden können, weil als Folge einer massiven Währungsabwertung kurz- und mittelfristig mit negativen Auswirkungen wie steigender Arbeitslosigkeit, hoher Inflation, Herabstufungen in der Kreditwürdigkeit und höheren Refinanzierungskosten des Staates zu rechnen sei. Und selbst wenn der Austritt kurz- und mittelfristig ökonomische Vorteile haben sollte, könnten aus einer Austrittsstrategie hohe langfristige wirtschaftliche und politische Kosten erwachsen.

Vor allem im Bereich der internationalen Beziehungen bestehen laut Eichengreen (2010) die größten Hürden eines konfrontativen Austritts – ein Problembe- reich, der in der Analyse von Flassbeck und Lapavitsas, die sich hauptsächlich mit den möglichen ökonomischen Problemen eines Austritts beschäftigen, nicht überzeugend behandelt wird. Laut Eichengreen würde einem Land, das die Eurozone verlässt, die Geringschätzung seiner Verpflichtungen gegenüber anderen Eurozonenländern vorgehalten werden. Ein solches Land würde vermutlich in politischen Verhandlungen zur Zukunft der EU nicht mit offenen Armen empfangen werden. Insofern würde ein Austritt aus dem Euro möglicherweise hohe Kosten der politischen Isolation verursachen.

Hinzuzufügen ist, dass auch die anderen Eurozonenländer vom Austritt eines oder mehrerer Länder negativ betroffen wären: Es bestünde nicht nur die Gefahr, dass ein Austritt das Signal aussenden würde, dass das ganze Europrojekt umkehrbar ist, was zu immensen Turbulenzen an den Finanzmärkten führen könnte, die wiederum mehrere Staaten in Finanzierungsschwierigkeiten stürzen würden. Auch die politische Position der Gemeinschaft der europäischen Länder würde auf globaler Ebene durch eine Strategie des Isolationismus geschwächt werden.

Die Argumente von Eichengreen verweisen darauf, dass Flassbeck und Lapavitsas die Vorzüge eines „Zurück zu nationalen Währungen“ in einer Welt globalisierter und liberalisierter Güter- und Finanzmärkte sowie die Probleme eines konfrontativen Austritts sehr wahrscheinlich unterschätzen. Flassbeck und Lapavitsas liefern keine Antworten auf drängende Fragen:

Wie soll eine effektive Regulierung der Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkte unter einem Regime des nationalen Isolationismus sichergestellt werden, wobei eine solche Regulierung für eine an einer stabilen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung orientierte Politik von entscheidender Bedeutung ist? Welchen Spielraum bezüglich einer kontrollierten Abwertung der Währung hätten aus dem Euro ausgetretene Länder tatsächlich, wenn man bedenkt, dass nationale Regulierungsmöglichkeiten des spekulativen Kapitalverkehrs viel stärker beschränkt sind, als dies auf europäischer Ebene der Fall ist? Würde sich ein Land, das den Weg des konfrontativen Exits geht, nicht erst recht zum Spielball der Finanzmärkte machen? Würde ein Ausscheiden einzelner oder mehrerer Länder aus dem Euroraum das soziale und politische Chaos nicht weiter verschärfen und auch für den Rest des Euroraumes nachteilige Folgen haben?

Die Alternative: Demokratisierung der Eurozone

Die Alternative zu einer Strategie des „Zurück zu nationalen Währungen“, für die sich Flassbeck und Lapavistas argumentativ ins Zeug legen, ist die Option einer Demokratisierung der Eurozone, die in letzter Zeit vom ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis besonders vehement vertreten wird.¹⁰ Die Probleme in Griechenland und anderen sogenannten Krisenländern der Eurozone seien laut Varoufakis lediglich die Symptome einer viel tieferen Krise in der ganzen Eurozone, die jedoch nicht auf der Ebene der National- bzw. Mitgliedstaaten gelöst werden könne.

Selbstverständlich sei die Reaktion „Wir müssen raus aus dem Euro, diesem wirtschaftspolitischen Zwangskorsett“ sehr attraktiv, weil sie populistisch leicht zu bedienen ist. Doch auch wenn die Kritik der Euroskeptiker an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik zutreffend ist; auch wenn es unzweifelhaft erforderlich ist, die geringe Demokratiequalität und die vorherrschende Funktionsweise der europäischen Institutionen zu kritisieren, ist es doch noch einmal etwas ganz anderes, die Desintegration der gemeinsamen Währungsunion zu propagieren.

Denn der Weg, der in die derzeitige Situation in der Eurozone geführt hat, kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Nur weil auf dem Weg der Integration gravierende institutionelle und wirtschaftspolitische Gestaltungsfehler begangen wurden, heißt das heute nicht, dass ein Zurück zur Situation vor dem Euro die beste Option wäre. Varoufakis argumentiert vielmehr, dass ein Rückbau des Euro – das heißt der Austritt eines oder mehrerer Länder aus der gemeinsamen Währung – die große Gefahr mit sich brächte, dass ganz Europa dadurch nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig großen Schaden nehmen würde, weil die Fragmentierung einen Keil zwischen die europäischen Länder treiben und den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verfall beschleunigen würde.

Flassbeck und Lapavistas würden Varoufakis in diesem Punkt wohl vehement widersprechen und argumentieren, dass es die Funktionsweise des Euro ist, welche die Beziehungen zwischen den europäischen Ländern vergiftet.

Der einzig gangbare Weg, um die unhaltbare Situation in der Eurozone zu ändern, ist aus der integrativen Sichtweise, die von Intellektuellen wie Varoufakis vertreten wird, einen politischen Schulterschluss jener AkteurInnen zu organisie-

ren, die eine Demokratisierung der europäischen Institutionen anstreben.¹¹

Eine aus einem gut dotierten EU-Budget finanzierte gemeinsame Fiskalpolitik, die eine makroökonomische Stabilisierung durch fiskalpolitische Maßnahmen auf europäischer Ebene ermöglicht; das gemeinsame Begeben von Euro-Anleihen; eine gemeinsame Einlagensicherung für europäische Banken; das Ausüben von Druck auf europäischer Ebene im Hinblick auf eine demokratische Verfassung, unter spezieller Förderung des Prinzips der Sozialstaatlichkeit und unter Stärkung des Europäischen Parlaments – dies müssten Elemente der politischen Integration und Re-Politisierung auf europäischer Ebene sein; und eben nicht noch mehr Einschränkungen des fiskal- und lohnpolitischen Handlungsspielraumes auf nationalstaatlicher Ebene, verbunden mit einer stärkeren Technokratisierung wichtiger politischer Prozesse auf europäischer Ebene, wie es die deutsche Bundesregierung will. Die Umsetzung der deutschen Vision einer vollkommenen „Disziplinierungsunion“ mithilfe von technokratischen Mitteln würde die bestehenden Probleme im Euroraum nicht lösen, sondern verschärfen.

Die Abhandlung von Lapavitsas und Flassbeck ist lesenswert, weil die Debatte über die institutionellen und wirtschaftspolitischen Ursachen der anhaltenden Misere im Euroraum sowie die Diskussion über die Handlungsoptionen auf Seiten der Linken offen und schonungslos geführt werden sollte. Dazu liefern die Autoren mit „Against the Troika“ einen wichtigen Beitrag.

Zugegebenermaßen ist der Ausblick bezüglich der Wirksamkeit für die integrative Handlungsoption à la Varoufakis/Habermas ein mittel- bis langfristiger, weil das Schmieden von zivilgesellschaftlichen und politischen Allianzen für eine auf eine gestärkte demokratische Basis gestellte politische Union Zeit erfordert. Das Diskutieren eines Plans, in dem es darum geht, wie der politische Druck auf Deutschland und die anderen Austeritäts-*Hardliner*-Regierungen in Europa erhöht werden kann, ist sinnvoll und geboten. Ein Euro-Ausstiegsszenario für einzelne oder gar mehrere Länder sollte jedoch aufgrund der angesprochenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Risiken nicht zur Umsetzung gelangen. Die Linke wird sich deshalb weiterhin den Kopf darüber zerbrechen müssen, wie politische Bewegungen aufgebaut bzw. gefördert werden können, die sich unter enger europäischer Zusammenarbeit und mit klaren Argumenten gegen die vorherrschende Wirtschaftspolitik Deutschlands und der Troika stellen und für eine Demokratisierung der europäischen Institutionen Position beziehen.

Philipp Heimberger

Anmerkungen

¹ Heiner Flassbeck ist Honorar-Professor an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik; er führt den wirtschaftspolitischen Blog www.flassbeck-economics.com. Costas Lapavitsas ist Professor für Ökonomie an der Universität London; zwischen Jänner und September 2015 war er Abgeordneter im griechischen Parlament der von Alexis Tsipras geführten Syriza-Partei.

² Vgl. Feigl, Zuckerstätter (2012) 29.

³ Siehe z. B. Saka et al. (2015).

⁴ DeGrauwe (2012) 264.

⁵ Streeck (2013).

- ⁶ Habermas (2013).
⁷ Siehe z. B. DeGrauwe, Ji (2014).
⁸ Siehe z. B. Oberndorfer (2013).
⁹ Siehe z. B. Lapavitsas (2015).
¹⁰ Siehe z. B. Varoufakis (2015).
¹¹ Siehe z. B. Habermas (2014).

Literatur

- DeGrauwe, Paul, The Governance of a Fragile Eurozone, in: Australian Economic Review 45/3 (2012) 255-268.
- DeGrauwe, Paul; Ji, Yumei, How Much Fiscal Discipline in a Monetary Union?, in: Journal of Macroeconomics 39 (2014) 348-360.
- Eichengreen, Barry, The break-up of the euro area, in: Alesina, Alberto; et al. (Hrsg.), Europe and the Euro (Chicago 2010) 11-51.
- Feigl, Georg; Zuckerstätter, Sepp, Wettbewerbs(des)orientierung (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 117, Wien 2012).
- Felipe, Jesus; Kumar, Utsav, Unit Labor Costs in the Eurozone: The Competitiveness Debate Again (= Levy Economics Institute Working Paper 651, New York 2014).
- Habermas, Jürgen, Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5 (2013) 59-70.
- Habermas, Jürgen, „Für ein starkes Europa“ – aber was heißt das?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3 (2014) 85-94.
- Krugman, Paul, Competitiveness: A Dangerous Obsession, in: Foreign Affairs 73/2 (1994) 28-44.
- Lapavitsas, Costas, Five Questions that demand an answer. Letter to the Syriza Party, in: The Greek Analyst (23.2.2015); online: <https://greekanalyst.wordpress.com/2015/02/23/the-scathing-letter-of-syriza-mp-and-economist-costas-lapavitsas/> [zuletzt abgerufen am 30.10.2015].
- Oberndorfer, Lukas, Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit als nächste Etappe in der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik?, in: Infobrief EU & International 1 (2013) 19-26.
- Saka, Orkun; Fuertes, Ana-Maria; Kalotychou, Elena, ECB Policy and Eurozone Fragility: Was De Grauwe Right?, in: Journal of International Money and Finance 54 (2015) 168-185.
- Streck, Wolfgang, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus (Berlin 2013).
- Varoufakis, Yanis, „One very simple, but radical idea: To democratize Europe“. An interview with Yanis Varoufakis, Open Democracy (25.10.2015), <http://yanisvaroufakis.eu/2015/10/25/one-very-simple-but-radical-idea-to-democratise-europe-opendemocracy-interview/> [zuletzt abgerufen am 29.10.2015].